Aus den Verhandlungen des schweizerischen Bundesrathes.

(Vom 26. August 1853.)

Der Bundesrath hat dem aus 152 Paragraphen bestehenden, vom 22. Mai 1853 datirten Gesetze über die Militärorganisation für den Kanton Glarus die Genehmigung ertheilt, mit Ausnahme jedoch des §. 2 Litt. B. Ziffer 2, so wie der §§. 11, 40 und 98.

(Vom 29. August 1853.)

In Folge Hinschiedes des Herzogs Georg von Sachsen-Altenburg und des erfolgten Regierungsantrittes des Erbprinzen Ernst, wurde Herr Dr. Paul Elisée Lüllin in Genf, Generalkonsul in der Schweiz für das gedachte Herzogthum, in seiner Stelle neu bestätigt. Das dem Bundesrath durch Hrn. Lüllin übermachte neue Kreditiv ist von demselben anerkannt worden.

Herr eidg. Oberst J. Stehlin in Basel erklärte mit Schreiben vom 26. dieß, daß er bereit sei, zur gütlichen Beilegung des Eisenbahnkonfliktes zwischen der St. Gallisch-Appenzellischen Eisenbahngesellschaft und der Regierung des h. Standes Thurgau, wegen Errichtung eines Stationshofes in Nikenbach bei Wyl, als Abgeordneter des Bundesrathes sein Möglichstes beizutragen.

(Vom 29. August 1853.)

Mit Depesche vom 20. August übersandte der schweiz. Konsul in Barcelona, Herr Brändlin, dem Bundes-

rathe ein Exemplar des gedruckten Jahresberichtes der dortigen Hilfsgesellschaft vom Jahr 18⁵²/₅₃, aus welchem sich Folgendes ergibt:

	R. vn.
Der Kassasaldo der gedachten Hilfsge- sellschaft betrug am 30. Juni 1852 . . .	2924. 19
an 40 Subscriptionen sind derselben ein- gegangen	2851. —
an Beisteuern aus den Kantonen Genf, Aargau und Neuenburg	698. —
an Zinsen und einem Beitrage von 44 R. vom Konsulate rc.	224. —
	6697. 19

Dagegen hat die Hilfsgesellschaft an Unterstützung von 16 Schweizern (einer dem Kanton Bern, einer dem Kanton Genf, zwölf dem Kanton Tessin, einer dem Kanton Glarus und einer dem Kanton Basel-Landschaft angehörnd) R. 934 ausgegeben, so daß, nach Abzug von R. 48 für Druckkosten, am 30. Juni d. J. R. 5715. 19 in der Gesellschaftskasse verblieben sind.

(Vom 31. August 1853.)

In Folge des von der Regierung der k. k. österreichischen Staaten unterm 17. Juli abhin erlassenen Verbotes gegen den Aufenthalt der dortseitigen Arbeiter in der Schweiz, hat der Bundesrath beschlossen, an sämtliche Kantonsregierungen nachstehendes Kreis Schreiben zu erlassen:

T i t.

„Nachdem uns² bekannt geworden, daß von der Regierung der Kaiserlich-Königlich Oesterreichischen Staaten

ein Verbot gegen den Aufenthalt der österreichischen Arbeiter in der Schweiz erlassen worden sei, haben wir sofort durch unsern Geschäftsträger in Wien Informationen über die Tragweite dieses Erlasses nachgesucht. Namentlich war es uns daran gelegen zu erfahren, ob die Vorarlberger- und Tyroler-Maurer, welche sich derzeit in der Schweiz aufhalten, auch in der Schlußnahme inbegriffen seien. Die uns bis jetzt gewordene Auskunft gibt zwar über den letztern Punkt noch keine Gewißheit; dagegen bestätigt dieselbe, daß die erwähnte Verordnung volle Rechtskraft habe, obwol auffallender Weise von österreichischer Seite bis jetzt nichts für deren Publikation in der Schweiz gethan wurde. Daher sehen wir uns veranlaßt, Ihnen die Verordnung in der Anlage mitzutheilen, damit Sie in den Stand gesetzt werden, rechtzeitig Gutfindendes über allfällige Entfernung der österreichischen Arbeiter verfügen zu können."

Die gedachte Verordnung lautet wie folgt:

„Mit Rücksicht auf das in religiöser, sittlicher und politischer Beziehung verderbliche Treiben der Arbeiter-Verbindungen in der Schweiz und die Gefahren, welchen dort die Handwerksgefallen in dieser Hinsicht ausgesetzt sind, wird verordnet:

„1) Allen k. k. Oest. Handwerksgefallen und Fabrikarbeitern, welche der Klasse der Handwerksgefallen gleichzustellen sind, ist das Wandern in die Schweiz und der Aufenthalt daselbst verboten. Dieses Verbot hat jedoch keinen Bezug auf Maurer, Steinmeyer, Gypser aus den unmittelbar an die Schweiz gränzenden Kronländern der Oest. Monarchie, soferne sie über einen gehörigen Reisezweck an einen bestimmten Ort und für eine bestimmte Zeit sich auszuweisen vermögen.

„2) Die gegenwärtig in der Schweiz sich Aufhaltenden werden aufgefordert, in Zeit von 2 Monaten, vom Tage dieses Erlasses an, sich in die k. k. Oest. Staaten zurückzugeben.

„3) Allen denjenigen, welche diesen Termin zur Rückkehr versäumen, wird, wenn sie hiefür nicht genügende Gründe geltend zu machen vermögen, das k. k. Gesandtschaftsvisum verweigert und es haben dieselben für ihre Rückkehr die besondere Bewilligung der k. k. Regierung im Wege der k. k. Gesandtschaft nachzusuchen. Die Entscheidung über solche Gesuche steht der obersten Polizeibehörde im Einvernehmen mit dem Ministerium des Innern zu.

„4) Ausländischen Handwerksgesellen und Fabrikarbeitern, welche sich nach Verlauf dieser 2 Monate noch in der Schweiz aufgehalten haben, ist der Eintritt in die k. k. Oest. Staaten und der Aufenthalt daselbst untersagt. Nur, wenn sie, um in ihr Vaterland zurückzukehren, keinen oder nur mit großen Unkosten einen andern Weg als durch Oesterreich einschlagen können, ist ihnen mit vorgeschriebener Reiseroute die Durchreise zu gestatten.“

Wien, den 17. Juli 1853.

(Sign.) Bach, Baumgartner, Kempen.

Mit Depesche vom 15. Juli abhin übermittelt der Schweiz. Vizekonsul in San Francisco, Herr N. Kellersberger, dem Bundesrath ein Wechsel von 48 Doll. oder Fr. 232. 80, als Betrag der Liebesgaben dortiger Schweizer zu Gunsten der aus der Lombardie ausgewiesenen Tessiner.

(Vom 2. September 1853.)

Der Schweiz. Konsul in New-York berichtet mit Depesche vom 15. v. M., daß in New-Orleans das gelbe Fieber in der Weise ausgebrochen sei, daß es täglich bei 200 Opfern fordere und zwar selbst unter den bereits akklimatisirten Bewohnern, vorzüglich aber unter den neu Eingewanderten. Da das Fieber erst mit der gegen Ende Oktober oder November eintretenden Kälte aufhören wird, so glaubt der Herr Konsul, den Auswanderern empfehlen zu müssen, sich einweilen nicht nach New-Orleans zu begeben, indem sie ohne allen Zweifel von der Krankheit ergriffen würden und ihr erliegen müßten.

Wahl des Bundesrathes.

Postbeamter:

2. September, Herr J. Bosshardt von Hottingen, dormalen Postkommis auf dem Hauptpostbureau Zürich, zum Chef der dortigen Briefexpedition. Jahresbesoldung Fr. 1800.
-

Aus den Verhandlungen des schweizerischen Bundesrathes.

In	Bundesblatt
Dans	Feuille fédérale
In	Foglio federale
Jahr	1853
Année	
Anno	
Band	3
Volume	
Volume	
Heft	40
Cahier	
Numero	
Geschäftsnummer	---
Numéro d'affaire	
Numero dell'oggetto	
Datum	03.09.1853
Date	
Data	
Seite	337-341
Page	
Pagina	
Ref. No	10 001 229

Das Dokument wurde durch das Schweizerische Bundesarchiv digitalisiert.

Le document a été digitalisé par les Archives Fédérales Suisses.

Il documento è stato digitalizzato dell'Archivio federale svizzero.